

**NON-PAPER**  
**ZUR REDE VON TSIPRAS IM VELLIDIO-KONGRESSZENTRUM**

**I. EUROPA**

Die Sackgasse, in die die Austerität führt, ist vor Allem in Griechenland sichtbar. Und sie wird in ganz Europa wahrgenommen. Ich habe nicht vor, Sie mit einem Beweis für das Misslingen der Memoranden zu ermüden. Wir haben letztes und vorletztes Jahr die Katastrophe in all ihren Details von diesem Rednerpult aus analysiert.

Vielleicht ist es noch förderlich, die Deflation zu den Indikatoren der Katastrophe hinzuzufügen. 2013 betrug sie 0,9%, wobei erwartet wird, dass sie 2014 auf 1,4% steigen wird. Die Deflation droht, unser Land in den Abgrund der Rezession zurückzuwerfen, bevor es ihm gelingt, den Abhang wieder heraufzuklettern.

**Ein zusätzlicher Beweis für das Misslingen des Programms der „inneren Abwertung“ in Griechenland besteht darin, dass die Überbesteuerung der niedrigen und mittleren Einkommen nicht nur weitergeführt, sondern verfestigt wird, wie letzten Samstag durch den Premierminister angekündigt wurde.**

**Durch Einführung der sogenannten Einheitlichen Immobiliensteuer (ENFIA) hat Herr Samaras den einmaligen Charakter der Sonderabgabe für Eigentumsimmobilien aufgehoben.**

**Damit hat er eine „außerordentliche“ Solidaritätsabgabe, ebenso wie die Erhöhung der Sonderverbrauchsteuer für Heizöl, zur Dauereinrichtung gemacht.**

Dabei hat er aber auch etwas weltweit Einzigartiges versprochen: Wachstum unter Bedingungen der fiskalen Repression und zwar ohne Investitionen.

**II. VERHANDLUNGEN ÜBER DIE SCHULDEN**

Verhandlungen für eine Lösung erfordern einen konkreten politischen Plan.

Sie setzen - zumindest - unterschiedliche Auffassungen über das Streitobjekt voraus.

Ebenso unterschiedliche Auffassungen über die verfolgte Politik und ihre Ergebnisse.

Aber Herr Samaras vertritt in keinerlei Hinsicht eine unterschiedliche Auffassung.

Er ist mit allem einverstanden.

Er hört auf Frau Merkel und gehorcht ihr.

Deswegen ist er ungeeignet dafür, zu verhandeln.

Es ist kaum eine Woche her, dass er von diesem Rednerpult aus zum x-ten Mal die positiven Ergebnisse der Austerität analysierte.

Das bedeutet, dass unter der heutigen Regierung die Weiterführung der Austerität jede durch die Gläubiger beschlossene Regulierung der Staatsschulden als Bedingung begleiten wird.

Deswegen vertreten wir die Ansicht, dass diese Regierung in den Verhandlungen die nationalen Interessen weder verteidigen will noch kann, um eine nachhaltige Lösung für das griechische Volk einzufordern.

Nur eine Regierung mit einem frischen Volksmandat, die auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens beruht, kann mit einer von der Mehrheit unseres Volkes genehmigten nationalen Strategie Ergebnisse erzielen.

Und aus diesem Grund fordern wir Wahlen – jetzt, schnellstmöglich, bevor wir auch die letzte Verhandlungschance verpassen.

Wir fordern keine Wahlen, weil wir es eilig haben zu regieren.

Wir fordern Wahlen, weil das Land nicht länger warten und unser Volk nicht länger leiden kann.

Wir fordern Wahlen, weil dies im Interesse des Volkes und des Landes notwendig ist.

Wir fordern ein starkes Mandat mit absoluter Mehrheit und noch stärkeres Engagement und Unterstützung seitens der Gesellschaft, um in Europa die bestmögliche Vereinbarung zugunsten unseres Volkes zu erzielen.

Wir fordern unverzüglich ein Verdikt des Volkes und ein starkes Verhandlungsmandat mit folgenden Zielen:

- Den Erlass des größten Teils des nominellen Schuldenbetrags, damit die Schulden nachhaltig werden. Dies ist 1953 für Deutschland geschehen. 2014 soll es auch für Griechenland erfolgen.
- Eine „Wachstums Klausel“ für die Tilgung des Restbetrags der Schulden, damit diese durch Wachstum und nicht durch den Haushaltsüberschuss erfolgt.
- Eine tilgungsfreie Zeit, d.h. ein Moratorium für die Bedienung der Schulden zur unmittelbaren Einsparung von Wachstumsressourcen.
- Die Ausnahme des Programms öffentlicher Investitionen von den Beschränkungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts.
- Einen „europäischen New Deal“ mit öffentlichen Investitionen für Wachstum, der durch die Europäische Investitionsbank finanziert wird.
- Eine quantitative Lockerung der Bedingungen durch den Direktkauf von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank.

Wir sind bereit zu verhandeln und arbeiten an der Gestaltung der breitestmöglichen Koalitionen in Europa. Die Regierung Samaras hingegen ist bereit, auch ein weiteres

Mal alles hinzunehmen, was die Gläubiger ihr abverlangen, wobei ihr einziger Koalitionspartner die deutsche Regierung ist.

Dies ist unser Unterschied und letztendlich auch das Dilemma: Europäische Verhandlungen mit einer SYRIZA-Regierung oder Absegnen aller Beschlüsse der Gläubiger für Griechenland durch die Regierung Samaras. Kurz gefasst ist das Dilemma folgendes: Verhandlung oder Nichtverhandlung. Wachstum oder Austerität. SYRIZA oder Nea Dimokratia.

### **III. NATIONALER PLAN FÜR DEN WIEDERAUFBAU**

Durch die Sicherung einer sozial nachhaltigen Lösung für die Schuldenfrage wird dem Land die Möglichkeit gewährt, die Restschulden aus der Schaffung von neuem Wohlstand und nicht aus den Ersparnissen der Primärüberschüsse zu tilgen, was eine Rückkehr zum Wachstum bedeuten wird.

So werden wir das Land mit einem Plan und mit Sicherheit zur Erholung der Konjunktur und zum Wiederaufbau der Produktion führen.

Indem das öffentliche Investitionsprogramm unmittelbar um mindestens 4 Milliarden Euro aufgestockt wird.

Indem alle Ungerechtigkeiten des Memorandums schrittweise aufgehoben werden.

Indem Löhne und Renten auf ihre ursprüngliche Höhe zurückgebracht werden, damit die Nachfrage stimuliert und der Konsum gestärkt wird.

Indem kleine und mittelständische Unternehmen durch Beschäftigungsanreize sowie auch die Industrie durch Finanzhilfen für Energiekosten, versehen mit einer Beschäftigungsklausel, unterstützt werden.

Indem in Wissen, Forschung und neue Technologien investiert wird, mit dem Ziel, dass die jungen Wissenschaftler, die in den letzten Jahren massenweise auswandern, in ihr Vaterland zurückkehren.

Indem der Sozialstaat und gleichzeitig auch der Rechtsstaat und die Meritokratie wiederaufgebaut werden.

Viele fragen uns allerdings in gutem Glauben: Ist ja alles schön und gut, was ihr machen werdet, wenn ihr nach harten Verhandlungen eine nachhaltige europäische Lösung erreicht habt.

Aber habt ihr denn auch einen Plan für den Fall, dass sich diese Lösung hinauszögert?

**Heute beantworten wir nun diese Frage direkt, detailliert und nach Kalkulierung der Kosten:**

**Wir übernehmen die Verantwortung und verpflichten uns** vor dem griechischen Volk für einen **Nationalen Plan für den Wiederaufbau**, durch den wir das Memorandum bereits in den ersten Tagen nach Bildung der neuen Regierung vor und unabhängig vom Ausgang der Verhandlungen ersetzen werden.

Der Nationale Plan für den Wiederaufbau umfasst vier große strategische Säulen zur Umkehrung des Sozial- und Wirtschaftsabbaus, zum wirtschaftlichen Aufschwung und zur Überwindung der Krise:

- A. ERSTE SÄULE: **Unser Programm zur Bewältigung der humanitären Krise**
- B. ZWEITE SÄULE: **Sofortige Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft**
- C. DRITTE SÄULE: **Nationaler Plan zur Schaffung von Arbeitsplätzen**
- D. VIERTE SÄULE: **Institutionelle und demokratische Umgestaltung des politischen Systems**

A. ERSTE SÄULE: **Unser Programm zur Bewältigung der humanitären Krise**

**KOSTEN: 2 Mrd. Euro**

**NUTZEN: Mittelfristig durch Stimulierung der aktiven Nachfrage**

**(1) Kostenfreie Stromversorgung für 300.000 Haushalte**, die unter der Armutsgrenze leben, durch soziale Tarife des Öffentlichen Elektrizitätsunternehmens (DEI). **Kosten: 59,4 Mio. Euro**

**(2) Nahrungsmittelhilfe durch Lebensmittelgutscheine** für 300.000 mittellose Familien, einzulösen bei sozialwirtschaftlichen und vertraglich angeschlossenen Lebensmittelgeschäften in Zusammenarbeit mit den Kommunen, der Kirche, NGOs und Solidaritätsorganisationen. **Gesamtkosten: 756 Mio. Euro**

**(3) Progressive Erhöhung der Renten**, verbunden mit der sofortigen Maßnahme einer **Weihnachtsgratifikation (13. Monatsrente)** für 1.262.920 Niedrigrentner mit einem Bruttoeinkommen von weniger als 700 Euro (430 Euro netto). **Gesamtkosten: 543.055.600 Euro**

**(4) Programm zur Sicherung von Wohnraum** durch Verwertung alter verlassener Gebäude und geschlossener Hotels sowie eine Mietzulage von 3 Euro/qm für 30.000 Wohnungen. **Gesamtkosten: 54 Mio. Euro**

(10.000 30qm-Wohnungen mit einer Zulage von €3/qm = €90/Monat x 12 = €1.080/Jahr, 10.000 Wohnungen x €1080 = €10.800.000

10.000 50qm-Wohnungen mit einer Zulage von €3/qm = €150/Monat x 12 = €1.800/Jahr, 10.000 Wohnungen x €1.800 = €18.000.000

10.000 70qm-Wohnungen mit einer Zulage von €3/qm = €210/Monat x 12 = €2.520/Jahr, 10.000 Wohnungen x €2.520 = €25.200.000

=> Gesamtkosten: €54.000.000 für 30.000 Wohnungen)

**(5) Kostenfreie medizinische Versorgung** für alle Bürger unabhängig von ihrem Versicherungsstatus, drastische Senkung der Eigenbeteiligung an Kosten für Arzneimittel. **Gesamtkosten: 350 Mio. Euro**

**(6) Sonderkarte zur kostenfreien Beförderung** von Arbeitslosen und Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, in öffentlichen Verkehrsmitteln. **Gesamtkosten: 120 Mio. Euro**

**(7) Aufhebung der steuerlichen Gleichstellung von Heizöl und Treibstoff**, Rückkehr zum vorherigen Status mit einem Ausgangspreis von €0,90 pro Liter im Einzelhandel für Heizöl.

**Einnahmen erwartet.**

**KALKULIERTE GESAMTKOSTEN: 1,862 Mrd. Euro**

## **B. ZWEITE SÄULE: Sofortige Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft**

Die zweite Säule umfasst Maßnahmen zur **Wiederbelebung der Wirtschaft**, deren Prioritäten in der Aufhebung der fiskalen Repression der Realwirtschaft, einer neuen Schuldenregulierung und der Stärkung von Liquidität und Nachfrage bestehen.

### **(1) Maßnahmen zur unmittelbaren Aufhebung der Repression der Realwirtschaft**

i. Wir werden in allen Regionen **Sonderausschüsse zum außergerichtlichen Vergleich** mit dem Ziel der **sofortigen Abwicklung bestätigter und nicht eingetragener Steuerschulden bis zum 31.12.2014** einrichten.

Der sofortigen Abwicklung von bestätigten Steuerangelegenheiten kleiner und mittelständischer Gewerbetreibender, von Geldstrafen und sonstigen Streitigkeiten mit den Finanzbehörden wird Priorität gewährt, damit innerhalb von sechs Monaten Ungerechtigkeiten der Steuerbehörden aufgehoben und die tatsächlichen Verbindlichkeiten vom Staat eingekassiert werden.

ii. Die Beträge, die sich durch die Abwicklung ergeben werden, werden in **84 monatlichen Raten** abbezahlt, wobei der jährliche Gesamtbetrag der Raten **20% des Jahreseinkommens** des Schuldners nicht überschreiten wird.

iii. Die Krankenkassen werden ein entsprechendes Verfahren zur Regulierung von Zahlungsrückständen anwenden.

Falls **sowohl Steuer- wie Versicherungsschulden** bestehen, wird der jährliche Gesamtbetrag der Raten **30% des Jahreseinkommens** des Schuldners nicht überschreiten.

iv. Sofortige Einstellung der strafrechtlichen Verfolgung und der Pfändung von Bankkonten, Hauptwohnungen, Löhnen etc. sowie Erteilung einer steuerlichen Unbedenklichkeitsbescheinigung an alle, die am Regulierungsverfahren teilnehmen.

v. Zwölfmonatige Aussetzung der Verfolgung und der Zwangsmaßnahmen gegen Schuldner mit nachgewiesenem Nulleinkommen, die am Regulierungsverfahren teilnehmen.

vi. Abschaffung des verfassungswidrigen gerichtlichen Schnellverfahrens wegen Schulden an die öffentliche Hand.

vii. Abschaffung der Vorauszahlung von 50% der bestätigten Schulden als Voraussetzung für die Anrufung der Gerichte durch den Steuerzahler, was zu einem Entzug des gerichtlichen Rechtsschutzes für alle, die nicht zahlen können, führt.

Die Vorauszahlung wird durch einen richterlichen Akt festgelegt und wird je nach finanziellen Möglichkeiten des Schuldners zwischen 10% und 20% betragen.

**EINNAHMEN: 3 Mrd. Euro**

### **(2) Sofortige Abschaffung der Einheitlichen Immobiliensteuer (ENFIA)**

Die Einheitliche Immobiliensteuer ist ein Symbol für die soziale Ungerechtigkeit, welche die gesamte Finanzpolitik der Regierung Samaras durchzieht.

Sie ist eine Steuer zugunsten der Reichen, weil sie nicht den Wert aller Immobilien einer Person zusammenzählt und mit einem progressiven Steuersatz unter Beachtung einer Steuerbefreiungsgrenze besteuert.

Sie ist eine Steuer zulasten der Armen und der Familien mit Kindern und niedrigen Einkommen, deren einziges Eigentum ihre Wohnung ist.

Die Einheitliche Immobiliensteuer kann nicht korrigiert werden, sie kann nicht verbessert werden, sie kann nur abgeschafft werden.

**Wir werden eine sozial gerechte Großgrundsteuer (FMAP) einführen.**

Die Einführung der Großgrundsteuer wird im Rahmen der progressiven Reform des Steuersystems erfolgen, welche den verfassungsrechtlich verankerten Grundsatz der Belastung nach der jeweiligen Beitragskapazität wiederherstellen sowie Steuerumgehung und Steuerhinterziehung wesentlich beschränken wird.

### **(3) Wiedereinführung der Steuerfreigrenze von 12.000 Euro**

**Wir werden den progressiven Charakter der Steuersätze für natürliche Personen wiederherstellen, indem die Anzahl der Steuersätze erhöht und die Steuerfreigrenze von €12.000 für alle wiedereingeführt wird.**

**Wir verteilen also die Steuerbelastung zugunsten der niedrigen und mittleren Einkommen um.**

**Denn nach vier Jahren des steuerlichen Amoklaufs haben sie die niedrigen gesellschaftlichen Schichten und die Mittelklasse wirtschaftlich dem Erdboden gleichgemacht.**

**(4) Wie werden einen Schuldenerlass („neue Seisachtheia“<sup>1</sup>) zur Regulierung der sogenannten „notleidenden Darlehen“ einführen, was eine Voraussetzung für die Sanierung des Darlehensbestands der Banken, der Wiederherstellung von Liquidität, der Entlastung und der wachstumsbedingten Wiederbelebung der Wirtschaft darstellt.**

Die „neue Seisachtheia“ wird fallweise den Erlass eines Teils der Schulden von Darlehensnehmern, die unter der Armutsgrenze leben, und als allgemeinen Grundsatz eine Anpassung der Schulden umfassen, damit ihre gesamte Bedienung gegenüber den Banken, der öffentlichen Hand und den Versicherungskassen 1/3 des Einkommens des Darlehensnehmers nicht überschreitet.

**Wir werden eine öffentliche zwischengeschaltete Stelle zur Verwaltung von Privatschulden einrichten, d.h. nicht in Form einer „Bad Bank“, sondern im Gegenteil als Verwalter von fälligen Schulden jeglicher Art an Banken und als Prüfer der Banken in Bezug auf die Einhaltung der vereinbarten Regulierung.**

Wir werden diese Stelle einrichten, um die gerechte und gleichberechtigte Behandlung aller Darlehensnehmer zu gewährleisten.

Diese Stelle wird alle bestehenden Zahlungsrückstände eines Darlehensnehmers gegenüber den Banken verwalten und mit den Sonderausschüssen zum außergerichtlichen Vergleich für Schulden an die öffentliche Hand sowie mit den Versicherungskassen für Schulden an diese in Kontakt stehen und mit ihnen zusammenarbeiten, damit ein Gesamtbild der Lasten und daher auch der Erleichterungen des jeweiligen Darlehensnehmers entsteht.

**In den kommenden Tagen wird SYRIZA dem Parlament eine gesetzliche Regelung über eine unbefristete Aussetzung der Versteigerung von Hauptwohnungen im Wert von bis zu €300.000 vorlegen.**

**Ebenso ein gesetzliches Verbot des Verkaufs oder der Abtretung von Rechten aus Darlehensverträgen und dinglichen Sicherheiten an nicht anerkannte Kreditinstitute oder Unternehmen.**

**Kurz gefasst werden wir es also den Geiern der internationalen Distress Funds nicht erlauben, mit der Pfändung der Wohnungen der Bürger zu spekulieren.**

**(5) GRÜNDUNG EINER ENTWICKLUNGSBANK / AUFWERTUNG DER GENOSSENSCHAFTSBANKEN / GRÜNDUNG EINER SPEZIALBANK FÜR MITTELSTÄNDISCHE UNTERNEHMER UND LANDWIRTE**

**AUSGANGSKOSTEN: 1 Mrd. Euro**

**(6) WIEDEREFESTLEGUNG DES MINDESTLOHNS AUF 751 EURO**

**(KOSTEN: 0 EURO)**

---

<sup>1</sup> Seisachtheia (wörtlich Lastenabschüttelung): Begriff aus dem antiken griechischen Recht, vor allem verwendet in Zusammenhang mit einem von Solon im Jahr 594 v. Chr. in Athen beabsichtigten Schuldenerlass als Schutz vor dem Abgleiten großer verschuldeter Bevölkerungsteile in die völlige Verarmung bzw. Sklaverei (Anm. d. Üb).

### C. DRITTE SÄULE: **Nationaler Plan zur Schaffung von Arbeitsplätzen**

**1) Beschäftigungsprogramm für 300.000 neue Arbeitsplätze** im öffentlichen Sektor, im Privatsektor und in der Sozialwirtschaft.

**ZWEIJAHRESKOSTEN: 5 MRD. EURO, DAVON 3 MRD. EURO IM ERSTEN JAHR**

**2) Wiedereinführung von arbeitsrechtlichen Bestimmungen** / der Nachwirkung von Tarifverträgen / von Tarifverträgen an sich

**3) Erweiterung der Gruppe der Arbeitslosengeldberechtigten**

je nach Einsparungen durch die Nichtzahlung von Arbeitslosengeld für 300.000 neue Arbeitsplätze.

### D. VIERTE SÄULE: **Interventionen für den institutionellen Wiederaufbau des Staates**

- **Regionaler Aufbau des Staates / Ersatz der „Kallikratis“-Verwaltungsreform durch einen neuen institutionellen Rahmen für die lokale Selbstverwaltung / Progressive Erhöhung der Ressourcen der Kommunen**
- **Stärkung der Institutionen der repräsentativen Demokratie und Einführung neuer institutioneller Umsetzungen direkter Demokratie in die Funktion des politischen Systems** (Gesetzesinitiativen des Volkes / Referenda auf Initiative der Bürger / Stärkung des Parlaments / **Abschaffung** des eigenartigen gesetzlichen Rahmens für die **strafrechtliche Verantwortung von Ministern**).

## **IV. WO WIR DAS GELD HERBEKOMMEN WERDEN**

**Wir leisten keine Versprechungen. Wir verpflichten uns.**

Wir streben nach einem nationalen und sozialen Vertrag mit langem Atem in der großen kollektiven Bemühung um den Wiederaufbau unseres Vaterlandes.

Dies ist keine einfache programmatische Wahl. Es ist die einzige Hoffnung für unser Volk. Es ist die Bedingung für das nationale und soziale Überleben.

Wir behaupten nicht, dass es Geld gebe.<sup>2</sup> Wir behaupten auch nicht, dass Geld gefunden werden könne. Wir sagen lediglich, dass Geld nur aus der Wirtschaft selbst geschaffen werden kann, wenn wir ihr den ersten Impuls geben – wenn wir sie also wiederbeleben.

Deswegen haben wir Ihnen heute nicht das vorgestellt, was wir gerne hätten, sondern das, was wir umsetzen können:

**Einen realistischen und umsetzbaren Plan zur Entlastung und zur Wiederbelebung der Wirtschaft.**

**Die Kosten sind in unserem Plan mitberücksichtigt.**

**Wir haben die Gesamtkosten für das sofortige Programm zur Bewältigung der humanitären Krise sowie die Haushaltskosten für die Abschaffung monströser Steuermaßnahmen errechnet.**

---

<sup>2</sup> Anspielung auf den Ausspruch des ehemaligen Premierministers Giorgos Papandreou: „Geld gibt es“ (Anm. d. Üb).



**Unser Plan wird ausschließlich aus folgenden Quellen finanziert:**

**Erstens erwarten wir von den vorgestellten Regulierungs- und Abwicklungsmaßnahmen und -verfahren** doppelten Nutzen: einen gesellschaftlichen und einen wirtschaftlichen. Einerseits werden sie die Bürger von der Daumenschraube der Finanzverwaltung befreien und ihre Beitragskapazität wiederherstellen.

Andererseits werden die beschriebenen Maßnahmen zur Aufhebung der Repression der Realwirtschaft dazu beitragen, die Rezession rückgängig zu machen und die Wirtschaft wiederzubeleben.

Wir beabsichtigen von den 68 Mrd. Euro mit einem Horizont von sieben Jahren mindestens 20 Mrd. erneut zu untersuchen und in die Regelungen aufzunehmen. **Durch die Regulierung der Zahlungsrückstände rechnen wir mit Einnahmen in Höhe von ca. 3 Mrd. Euro für die Staatskasse.**

**Zweitens wird unser Plan durch die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Schwarzhandel finanziert werden, wofür vor Allem Entschlossenheit und politischer Wille für den Konflikt mit mächtigen Interessen erforderlich sind.**

**In diese Richtung haben wir bereits einen innerhalb von sechs Monaten umzusetzenden Aktionsplan erarbeitet:**

**Dieser sieht Folgendes vor:**

Erstens die Verbesserung und starke Beschleunigung der Kontrollen von konzerninternen Transaktionen, der Steuersünderliste von Christine Lagarde sowie jener aus Liechtenstein, von Überweisungen, Offshore-Gesellschaften und Auslandsimmobilien. Zu diesem Zweck werden wir eine Sonderbehörde mit ausreichendem Fachwissen, technischer Infrastruktur und Personal einrichten.

An dieser Front hat die Regierung eine provokante aber aussagestarke Untätigkeit gezeigt.

**Zweitens sieht unserer Aktionsplan die Verbesserung und starke Beschleunigung der Installation von Ein-/Ausgabe-Messsystemen und Molekulartracern für Treibstoff zur Bekämpfung des Schwarzhandels.**

**Ebenso wird die Installation von Röntgenscannern an den Grenzübergängen des Landes beschleunigt.**

Denn wir können und wir wollen bei der Kontrolle des Schwarzhandels mit Treibstoff und Zigaretten effektiv vorgehen.

Der Nutzen aus der Bekämpfung der Steuerhinterziehung und des Schwarzhandels wurde zuweilen sehr ambitioniert eingeschätzt. So schätzte der Generalsekretär für Transparenz und Menschenrechte G. Sourlas, dass durch die Akten der Offshore-Gesellschaften, die Aufdeckung gefälschter und fiktiver Rechnungen und die Bekämpfung des Schwarzhandels mit Treibstoff zusätzliche Einnahmen in Höhe von 12 Mrd. Euro pro Jahr erzielt werden könnten.

**Wir haben konservativ berechnet, dass unser Aktionsplan im ersten Jahr mindestens 3 Mrd. Euro in die Staatskasse bringen wird.**

Die Ausgangskosten der öffentlichen zwischengeschalteten Stelle und die Ausgangskosten für die Gründung der Spezialbanken in Höhe von insgesamt 3 Mrd. Euro werden wir anhand des sogenannten „Sicherheitspolsters“ von rund 11 Mrd. Euro des Finanzstabilitätsfonds für Banken finanzieren.

Die Gesamtkosten des Plans zur Schaffung von Arbeitsplätzen betragen 5 Mrd. Euro, wobei 3 Mrd. hiervon im ersten Jahr seiner Umsetzung anfallen werden.

Er wird im ersten Jahr zu 1 Mrd. Euro aus den Übergangsmitteln des NSRP 2007-2013, zu 1,5 Mrd. Euro aus den 2,5 Mrd. des NSRP 2014-2020 und zu 500 Mio. Euro durch andere europäische Sondermittel zum Beschäftigungswachstum finanziert werden.

## **V. KOSTENAUFSTELLUNG**

### **DES NATIONALEN PLANS FÜR DEN WIEDERAUFBAU**

#### **A. PROGRAMME ZUR BEWÄLTIGUNG DER HUMANITÄREN KRISE**

**KOSTEN: 2 Mrd. Euro**

**NUTZEN: mittelfristig durch Stimulierung der aktiven Nachfrage**

**1) Kostenfreie Stromversorgung für 300.000 Haushalte**, die unter der Armutsgrenze leben, durch soziale Tarife des Öffentlichen Elektrizitätsunternehmens (DEI). **Kosten: 59,4 Mio. Euro.**

**2) Nahrungsmittelhilfe durch Lebensmittelgutscheine** für 300.000 mittellose Familien, einzulösen bei sozialwirtschaftlichen und vertraglich angeschlossenen Lebensmittelgeschäften in Zusammenarbeit mit den Kommunen, der Kirche, NGOs und Solidaritätsorganisationen. **Gesamtkosten: 756 Mio. Euro.**

**3) Progressive Erhöhung der Renten**, verbunden mit der sofortigen Maßnahme einer **Weihnachtsgratifikation (13. Monatsrente)** für 1.262.920 Niedrigrentner mit einem Bruttoeinkommen von weniger als 700 Euro (430 Euro netto). **Gesamtkosten: 543.055.600 Euro.**

**4) Programm zur Sicherung von Wohnraum** durch Verwertung alter verlassener Gebäude und geschlossener Hotels sowie einer Mietzulage von 3 Euro/qm für 30.000 Wohnungen. **Gesamtkosten: 54 Mio. Euro.**

(10.000 30qm-Wohnungen mit einer Zulage von €3/qm = €90/Monat x 12 = € 1.080/Jahr, 10.000 Wohnungen x € 1.080 = €10.800.000

10.000 50qm-Wohnungen mit einer Zulage von €3/qm = €150/Monat x 12 = € 1.800/Jahr, 10.000 Wohnungen x € 1800 = €18.000.000

10.000 70qm-Wohnungen mit einer Zulage von €3/qm = €210/Monat x 12 = € 2.520/Jahr, 10.000 Wohnungen x € 2.520 = €25.200.000

=> Gesamtkosten: €54.000.000 für 30.000 Wohnungen)

**3) Kostenfreie medizinische Versorgung** für alle Bürger unabhängig von ihrem Versicherungsstatus, drastische Senkung der Eigenbeteiligung an Kosten für Arzneimittel. **Gesamtkosten: 350 Mio. Euro.**

**4) Sonderkarte zur kostenfreien Beförderung** von Arbeitslosen und Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, in öffentlichen Verkehrsmitteln.

**Gesamtkosten: 120 Mio. Euro.**

**5) Aufhebung der steuerlichen Gleichstellung von Heizöl und Treibstoff**, Rückkehr zum vorherigen Status. **Einnahmen erwartet.**

**KALKULIERTE GESAMTKOSTEN: 1,862 Mrd. Euro**

## **B. MASSNAHMEN ZUR WIEDERBELEBUNG DER WIRTSCHAFT**

**KOSTEN: 6,5 Mrd. Euro**

**EINNAHMEN: 3 Mrd. Euro**

### **1) SOFORTIGE MASSNAHMEN ZUR AUFHEBUNG DER REPRESSION DER REALWIRTSCHAFT**

viii. Wir werden in allen Regionen **Sonderausschüsse zum außergerichtlichen Vergleich** mit dem Ziel der **sofortigen Abwicklung bestätigter und nicht eingetragener Steuerschulden bis zum 31.12.2014** einrichten.

Der sofortigen Abwicklung von bestätigten Steuersachen kleiner und mittelständischer Gewerbetreibender, Geldstrafen und sonstigen Streitigkeiten mit den Finanzbehörden wird Priorität gewährt, damit innerhalb von sechs Monaten Ungerechtigkeiten der Steuerbehörden aufgehoben und die tatsächlichen Verbindlichkeiten vom Staat eingekommen werden.

ix. Die Beträge, die sich durch die Abwicklung ergeben werden, werden in **84 monatlichen Raten** abbezahlt, wobei der jährliche Gesamtbetrag der Raten **20% des Jahreseinkommens** des Schuldners nicht überschreiten wird.

x. Die Krankenkassen werden ein entsprechendes Verfahren zur Regulierung von Zahlungsrückständen anwenden.

Falls **sowohl Steuer- wie Versicherungsschulden** bestehen, wird der jährliche Gesamtbetrag der Raten **30% des Jahreseinkommens** des Schuldners nicht überschreiten.

xi. Sofortige Einstellung der strafrechtlichen Verfolgung und Pfändung von Bankkonten, Hauptwohnungen, Löhnen etc. sowie Erteilung einer steuerlichen Unbedenklichkeitsbescheinigung an alle, die am Regulierungsverfahren teilnehmen.

xii. Zwölfmonatige Aussetzung der Verfolgung und Zwangsmaßnahmen gegen Schuldner mit nachgewiesenem Nulleinkommen, die am Regulierungsverfahren teilnehmen.

xiii. Abschaffung des verfassungswidrigen gerichtlichen Schnellverfahrens wegen Schulden an die öffentliche Hand.

xiv. Abschaffung der Vorauszahlung von 50% der bestätigten Schulden als Voraussetzung für die Anrufung der Gerichte durch den Steuerzahler, die zu einem Entzug des gerichtlichen Rechtsschutzes für alle, die nicht zahlen können, führt.

Die Vorauszahlung wird durch einen richterlichen Akt bestimmt und wird je nach den finanziellen Möglichkeiten des Schuldners zwischen 10% und 20% betragen.

**EINNAHMEN: 3 Mrd. Euro**

**2) ABSCHAFFUNG DER EINHEITLICHEN IMMOBILIENSTEUER UND EINFÜHRUNG EINER STEUER AUF GROSSES IMMOBILIENVERMÖGEN**

**KOSTEN: 2 Mrd. Euro**

**3) WIEDEREINFÜHRUNG DER STEUERFREIGRENZE VON 12.000 EURO**

**KOSTEN: 1,5 Mrd. Euro**

**4) SCHULDENREGULIERUNG („NEUE SEISACHTHEIA“) FÜR NOTLEIDENDE DARLEHEN VON BANKEN AN NATÜRLICHE PERSONEN UND UNTERNEHMEN durch GRÜNDUNG EINER ÖFFENTLICHEN ZWISCHENGESCHALTETEN STELLE**

**AUSGANGSKOSTEN: 2 Mrd. Euro**

**5) GRÜNDUNG EINER ENTWICKLUNGSBANK / AUFWERTUNG VON GENOSSENSCHAFTSBANKEN / GRÜNDUNG EINER SPEZIALBANK FÜR MITTELSTÄNDISCHE UNTERNEHMER UND LANDWIRTE**

**AUSGANGSKOSTEN: 1 Mrd. Euro**

**6) WIEDEREFESTLEGUNG DES MINDESTLOHNS AUF 751 EURO**

**KOSTEN: 0 Euro**

### **C. PLAN ZUR SCHAFFUNG VON ARBEITSPLÄTZEN**

**1) Beschäftigungsprogramm für 300.000 neue Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor, im Privatsektor und in der Sozialwirtschaft.**

**ZWEIJAHRESKOSTEN: 5 Mrd. Euro, davon 3 Mrd. Euro im ersten Jahr**

**2) Wiedereinführung von arbeitsrechtlichen Bestimmungen / der Nachwirkung von Tarifverträgen / von Tarifverträgen an sich**

### **3) Erweiterung der Gruppe der Arbeitslosengeldberechtigten**

je nach Einsparungen durch die Nichtzahlung von Arbeitslosengeld für 300.000 neue Arbeitsplätze

## **D) INTERVENTIONEN FÜR DEN INSTITUTIONELLEN WIEDERAUFBAU DES STAATES**

- **Regionaler Aufbau des Staates / Ersatz der „Kallikratis“-Verwaltungsreform durch einen neuen institutionellen Rahmen für die lokale Selbstverwaltung / Progressive Erhöhung der Ressourcen der Kommunen**
- **Stärkung der Institutionen der repräsentativen Demokratie und Einführung neuer institutioneller Umsetzungen direkter Demokratie in die Funktion des politischen Systems (Gesetzesinitiativen des Volkes / Referenda auf Initiative der Bürger / Stärkung des Parlamentes / Abschaffung des eigenartigen gesetzlichen Rahmens für die strafrechtliche Verantwortung von Ministern).**
- **Neugestaltung des Betriebs der öffentlichen Verkehrsmittel**

### ➤ **FINANZIERUNG des nicht verhandelbaren Nationalen Plans für den Wiederaufbau**

- Regulierungsprogramm zur Aufhebung der Repression der Realwirtschaft
- Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität
- Ein-/Ausgabemesssysteme an allen Treibstofflagern und Tankstellen zur Bekämpfung des Schwarzhandels mit Treibstoff
- Strikte Kontrollen mit modernster technischer Ausrüstung zur Bekämpfung des Schwarzhandels an Grenzübergängen

### **GESCHÄTZTE EINNAHMEN: 6 Mrd. Euro**

Durch diese Einnahmen werden die Kosten der Maßnahmen zur Abschaffung der Einheitlichen Immobiliensteuer (ENFIA) (2 Mrd. Euro), zur Wiedereinführung der Steuerfreigrenze von 12.000 Euro (1,5 Mrd. Euro) und zur Bewältigung der humanitären Krise (1,862 Mrd. Euro) gedeckt.

- Finanzierung einer zwischengeschalteten Stelle für notleidende Darlehen und Spezialbanken (3 Mrd. Euro im ersten Jahr) durch die 11 Mrd. Euro des Finanzstabilitätsfonds (TChS)
- Finanzierung des Plans zur Schaffung von Arbeitsplätzen (3 Mrd. Euro im ersten Jahr) durch den NSPR (1 Mrd. Euro Übergangsmittel vom vorherigen Programm, 500 Mio. Euro von laufenden Programmen, 1,5 Mrd. Euro von den 2,5 Mrd. des Programms für 2014-2020).